

## Netzwerk Neonatologie Parlamentarisches Frühstück in Berlin



Schon zum wiederholten Male lud das Netzwerk Neonatologie zu einem parlamentarischen Frühstück in Berlin ein. Koordiniert durch Barbara Mitschdörfer, Vorstandsvorsitzende des Bundesverbands „Das frühgeborene Kind“ e.V., vereint das Netzwerk verschiedene Akteure, die an der Versorgung von Frühgeborenen beteiligt sind und setzt sich in diesem Zusammenschluss politisch für bestmögliche Rahmenbedingungen für die Versorgung von Frühgeborenen und die größtmögliche Unterstützung für ihre Familien in Deutschland ein.

Diverse Vertreter des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ), Mitglieder der Bundestagsausschüsse für Gesundheit und Familie, Netzwerkpartner sowie Vertreter zentraler Verbände und Kinderkliniken folgten der Einladung des Netzwerk Neonatologie am 27. November. An diesem Morgen stellte das Netzwerk sein politisches Positionspapier vor und diskutierte mit relevanten Regierungs- und Bundestagsvertretern seine gesundheits- und familienpolitischen Forderungen für die 19. Legis-

laturperiode. Drei von insgesamt sieben Forderungen standen dabei im Fokus: Nachteile im Bezugszeitraum des Elterngeldes beseitigen, Arbeitsbedingungen für Pflegefachkräfte verbessern sowie sozialmedizinische Nachsorgeleistungen flächendeckend gewährleisten (das aktuelle Positionspapier kann nun auch auf der Webseite des Netzwerkes aufgerufen werden unter: <http://netzwerk-neonatologie.de/ziele/positionspapier/>).

Die Bundestagsabgeordnete **Bettina Wiesmann** (CDU) übernahm als Vorsitzende der Kinderkommission im

Deutschen Bundestag die Schirmherrschaft der Veranstaltung und hob in ihrem Grußwort die langjährige engagierte Arbeit des Netzwerkes hervor.

Auch die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium Caren Marks lobte den nachhaltigen engen Dialog und versprach, die bestehenden Nachteile beim Bezugszeitraum des Elterngeldes für Familien Frühgeborener im Ministerium prüfen zu lassen. Denn Frau Mitsch-



dörfer machte an konkreten Beispielen von betroffenen Familien eindrucksvoll deutlich, dass nach wie vor die Monate am Ende des Elterngeldbezugszeitraums fehlten, die Eltern Frühgeborener nach der Geburt in der Klinik verbringen.

Das führe dazu, dass diese Familien sich oftmals gezwungen sähen, ihre Erwerbstätigkeit wieder aufzunehmen, obwohl aufgrund der Entwicklungsverzögerung ihrer zu früh geborenen Kinder eine längere häusliche Betreuung erforderlich wäre. Frau Mitschdörfer verwies auf die Forderung des Netzwerks: „Um diese Benachteiligung zu beheben, bedarf es einer Ersatzleistung für Frühcheneltern, die ab dem errechneten Geburtstermin greift und den individuellen Entwicklungsstand des Kindes berücksichtigt.“

Frau Mackroth, Leiterin der Abteilung „Familie“ im BMFSFJ, zeigte sich offen für die vom Netzwerk vorgeschlagene Regelung und versprach, sie mit den zuständigen Vertretern des Bundesfinanzministeriums zu besprechen.

Im Fokus der offenen Diskussion stand auch das Thema Pflege. Um eine hohe Qualität in der neonatologischen Intensivkinderkrankenpflege langfristig sicherzustellen, fordert das Netzwerk Neonatologie eine Anpassung der Rahmenbedingungen zur Förderung der Attraktivität des Berufsfeldes. Denn das Abwandern von Pflegekräften in andere Berufe könne nur dann verhindert werden, wenn auch die Arbeitszeiten flexibler gestaltet und Familie und Beruf besser miteinander vereinbar würden.

Einigkeit herrschte darin, dass eine bessere Bezahlung allein nicht ausreichte. Vertreter von neonatologischen Intensivstationen unterstrichen, dass die Pflegekräfte ihren Job in der Regel mit Lei-

denschaft leisteten, die Attraktivität aber allein daran leide, dass Pflegefachkräfte durch Leistungsverdichtung und Personalknappheit bei gleicher oder weniger Zeit immer mehr leisten müssten.

Frau Dr. Schäfer, Partnerin im Netzwerk Neonatologie und Neonatologin am Sozialpädiatrischen Zentrum der Kreuznacher Diakonie, skizzierte zuletzt noch die Forderungen im Bereich der sozialmedizinischen Nachsorge: „Obwohl sozialmedizinische Nachsorge bereits eine GKV-Regelleistung ist, erschweren erhebliche finanzielle Herausforderungen für Anbieter einen flächendeckenden Zugang.“ Frau Leitner, Patientenvertreterin im G-BA unterstrich, dass Nachsorgeuntersuchungen zwingend notwendig seien, von den Krankenkassen jedoch nicht ausreichend finanziert würden.

Der direkte Austausch mit den Bundestagsabgeordneten und Regierungsvertretern ermöglichte es dem Netzwerk Neonatologie, sein politisches Netzwerk zu vertiefen sowie die politischen Entscheider für die Belange von Frühgeborenen und ihren Familien zu sensibilisieren. Im nächsten Jahr setzt das Netzwerk diesen wertvollen Dialog fort und bedankt sich bei allen Gästen für das Engagement für die Aller kleinsten!

